

Antrag 28.1/II/2018**Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Strategische Entscheidung für mehr Gerechtigkeit: Einkommen erhöhen und Berlinerinnen und Berliner entlasten****Empfehlung der Antragskommission****Annahme mit Ergänzung der Antragskommission (Konsens)**

1 Unser Berlin entwickelt sich dank sozialdemokratischer
 2 Politik zur führenden, lebens- und liebenswerten Metro-
 3 pole. Das belegt die Entscheidung zehntausender Men-
 4 schen pro Jahr, in unsere Stadt zu ziehen und hier leben
 5 zu wollen. Dieser Prozess birgt jedoch zugleich die Ge-
 6 fahr von Fehlentwicklungen. Berlin ist zum Beispiel so-
 7 wohl Stadt der Start-ups, Mieterinnen- und Mieterstadt,
 8 aber auch Stadt der Deindustrialisierung und der Transfer-
 9 geldempfängerinnen und -empfänger. Insbesondere der
 10 Bereich der Mieten- und Wohnungsmarktpolitik verdeut-
 11 licht Knaptheit, Verdrängung und kritische Belastung des
 12 verfügbaren Familieneinkommens.

13
 14 Obwohl das real verfügbare Einkommen der Berlinerin-
 15 nen und Berliner nach den unabsehbaren Lebenshal-
 16 tungskosten, wie zum Beispiel den Mietausgaben sinkt,
 17 steht Deutschland weltweit in einer Spitzenposition wirt-
 18 schaftlich gut da. Insoweit findet nach wie vor eine schlei-
 19 chende Umverteilung von „unten nach oben“ statt. Das ist
 20 unvernünftig und ungerecht.

21
 22 Um die Relation zwischen verfügbarem Familieneinkom-
 23 men und dessen Belastung, zum Beispiel durch Mieten zu
 24 verbessern, ist neben dem Bau bezahlbarer Wohnungen
 25 und den mietenpolitischen Instrumenten an deren Aus-
 26 weitung wir weiterhin festhalten, zugleich die Einkom-
 27 menssituuation zu verbessern. Noch immer bleibt den Ber-
 28 linerinnen und Berlinern zu wenig in Ihrem Portemonnaie
 29 übrig.

30
 31 Wir müssen die direkten und indirekten Einflussmöglich-
 32 keiten durch politische Vorgaben nutzen, zumal sich Ber-
 33 lin durch unsere Politik gut entwickelt hat. Uns geht es
 34 darum, die konkreten Lebensverhältnisse der Menschen
 35 zu verbessern.

36
 37 Seit Jahren erwirtschaften wir hohe Haushaltsüberschüs-
 38 se, zuletzt in Höhe von weit über zwei Milliarden Euro
 39 im Jahr. Von diesem Kurswechsel wird Berlin durch ver-
 40 stärkten Binnenkonsum und Steuermehreinnahmen er-
 41 neut profitieren. Dies bietet zugleich eine wichtige Grund-
 42 lage sicherzustellen, dass verstärkte Investitionen in die
 43 soziale Infrastruktur und die Verkehrswege, insbesondere
 44 im ÖPNV, weiterhin realisiert werden können.

45
 46 Jetzt werden wir auch konkret dafür sorgen, dass bei den
 47 Menschen selbst mehr Geld am Ende des Monats übrig-
 48 bleibt und ihnen gleichzeitig die Sorgen vor Altersarmut

49 und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen nehmen.

50

51 **Mit diesem Strategiewechsel verfolgen wir folgende poli-**
52 **tische Ziele:**

53

54 **1. die Berliner Bevölkerung soll vom Wirtschaftswachstum**
55 **effektiv profitieren****2. Anerkennung für geleistete Arbeit**
und solidarischen Verzicht der Berlinerinnen und Berli-
ner in der Vergangenheit**3. eine gute und funktionsfähige**
Verwaltung durch erfolgreichere Personalgewinnung und
attraktive Arbeitsbedingungen

56

57

58

59 **10 Instrumente für höhere Einkommen, finanzielle Entlas-**
60 **tung und damit echte Gerechtigkeit:**

61

62

63 **1. Angleichung des Mindestlohns auf ein altersarmutsfes-**
64 **tes Niveau, damit man auch im Alter von seiner eigenen**
65 **Leistung leben kann, z.B. Landesmindestlohnsgesetz, Ver-**
66 gabegesetz

67 Diese gesetzgeberische Intervention ist wegen des Lohn-
68 abstandsgebotes der wichtigste Ausgangspunkt zur Ge-
69 samtverbesserung der Einkommenssituation der Berline-
70 rinnen und Berliner und zugleich der Aspekt, der den Lan-
71 deshaushalt am wenigsten belastet. Dabei kommt dem
72 Berliner Vergabegesetz neben dem Landesmindestlohn-
73 gesetz eine wichtige volkswirtschaftliche Steuerungsgrö-
74 ße zu, da das Volumen unserer öffentlichen Vergaben mit
75 mehreren Milliarden Euro im Jahr eine hohe Relevanz hat,
76 zumal auf unser strategisches Betreiben hin die Investiti-
77 onsquote Berlins deutlich gestiegen ist, wie nicht zuletzt
78 auch die erfolgreiche Schulbau- und Sanierungsoffensi-
79 ve zeigen. Wir wollen auch nicht auf dem von den Grü-
80 nen vorgeschlagenen Niveau eines Stundenlohnes in Hö-
81 he von 10,50 Euro stehen bleiben, sondern streben einen
82 altersarmutsfesten Mindestlohn an. Nach Berechnungen
83 des Bundesarbeitsministeriums ist derzeit bei einer wö-
84 chentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre
85 versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg ein Stun-
86 denlohn von 12,63 Euro erforderlich, um eine Rente in Hö-
87 he der Grundsicherung zu erreichen. Das entsprechen-
88 de Niveau wollen wir bis zum Ende der Legislaturperiode
89 schrittweise erreichen. Dazu werden wir z.B. in der anste-
90 henden Novelle des Vergabegesetzes für das Jahr 2019 ei-
91 nen Mindestlohn nicht unter 11,- Euro/Stunde festlegen. In
92 dieser Gesetzesnovelle wird für den Zeitraum ab 2021 ein
93 Mindestlohn festgesetzt, der sicherstellt, dass die damit
94 zu erreichende Rentenzahlung über der Grundsicherung
95 im Alter liegt.

96

97 **100 2. deutliche Verbesserung der Einkommen für die Tarif-**
98 **beschäftigte und Beamten und Beamten des Landes**

102 Berlin und der Bezirke

103 Berlin ist seinen Beschäftigten zu großem Dank verpflich-
104 tet. Sie haben mit dem Solidarpakt einen Verzicht geleis-
105 tet, um die nahezu ausweglose haushalts- und finanz-
106 politische Situation nach der Überwindung der Teilung
107 der Stadt und nach dem einhergehenden Wegfall der be-
108 sonderen Förderung Berlins überwinden zu helfen. Ber-
109 lin spürt den bundesweiten Personalmangel in nahezu je-
110 dem Bereich. Wir stehen dabei in Konkurrenz zu anderen
111 Arbeitgebern und dem Arbeitgeber Bund. Dabei ist das
112 Konkurrenzverhältnis durch die Konzentration von Bun-
113 desbehörden und der öffentlichen Arbeitgeber hier bun-
114 desweit einmalig und das Land Berlin in einem erhebli-
115 chen Wettbewerbsnachteil, da hier eine Abwerbung von
116 Beschäftigten einfach stattfindet. Die Bundesbehörden
117 zahlen regelmäßig ein deutlich höheres Grundentgelt und
118 zudem erhebliche Ministerial- und andere Behördenzu-
119 schläge. Dieser Attraktivitätsvorsprung ist ein Hemmnis
120 für eine funktionierende Landesverwaltung. Zu dem poli-
121 tischen Ziel, das verfügbare Einkommen der Berlinerinnen
122 und Berliner zu erhöhen, tritt hier ein wesentlicher Teil-
123 aspekt der Fachkräftegewinnung. Mit dem bereits festge-
124 legten Anpassungspfad wird in dieser Legislaturperiode
125 das Durchschnittsniveau der Bundesländer erreicht. Als
126 weiteren Schritt zum Ausgleich des Wettbewerbsnach-
127 teils werden wir eine monatliche Zulage in Höhe von min-
128 destens 150,- Euro je Vollzeitstelle als Festbetrag für den
129 öffentlichen Dienst des Landes Berlin einführen, die in
130 die Renten- und Pensionsberechnung einfließt, **wofür im**
131 **nächsten Doppelhaushalt Vorsorge getroffen wird.** Die-
132 se Herangehensweise führt zu einer prozentualen Besser-
133 stellung der unteren Einkommensgruppen.

134

135 **3. strukturelle Verbesserung bei der Eingruppierung unse-**
136 **rer Beschäftigten, z.B. Veränderung einfacher und mitt-**
137 **lerer Dienst, insbesondere bei der Feuerwehr, Höher-**
138 **gruppierung insbesondere von Kita- und Pflegekräf-**
139 **ten und pädagogischem Personal, Vereinheitlichung des**
140 **Besoldungs- und Entgeltsystems und -Niveaus innerhalb**
141 **Berlins (Bezirke, Land)**

142 Wir nehmen besonders die unteren Besoldungs- und Tarif-
143 gruppen in den Blick. Der Senat wird in enger Abstimmung
144 mit den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen
145 dem Abgeordnetenhaus ein Konzept zur Beschlussfas-
146 sung vorlegen, dass durch Eingruppierungs- und Umgrup-
147 pierungsvorschläge zu strukturellen Verbesserungen in
148 diesem Sektor führt. Dabei ist zum Beispiel bei der Feu-
149 erwehr ein analoger Weg, wie bei der Polizei zu verfolgen
150 und das Lohnabstandgebot zum Mindestlohn zu beach-
151 ten. Insbesondere in den Bereichen Kita, Jugendhilfe und
152 Pflege und bei sonstigem pädagogischen Personal sind
153 deutliche Höhergruppierungen zu erreichen. Dabei strebt
154 Berlin an, im Tarifverbund TdL zu bleiben. Bei den Ho-

155 norarkräften an den Musik- und Volkshochschulen wer-
156 den wir den eingeschlagenen Weg der Umwandlung in
157 dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungs-
158 verhältnisse über die bisherige Zielsetzung hinaus konse-
159 quent fortsetzen. Wir treten in allen öffentlichen Sekto-
160 ren gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine Anglei-
161 chung der Gehälter im öffentlichen Dienst zwischen Land
162 und Bezirken noch in dieser Legislaturperiode ein.

163

164 **4. vollständige Tarifbindung aller Landesunternehmen,**
165 **Beteiligungen, inklusive aller Konzernfächer und durch**
166 **Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge**
167 **verbundenen Unternehmen und zwar nach den oben**
168 **genannten Maßstäben**

169

170 Wir beenden endgültig den inakzeptablen Zustand ta-
171 rifloser Beschäftigung in von uns maßgeblich beeinfluss-
172 ten Unternehmen. Kein landeseigenes Mutter- oder Toch-
173 terunternehmen und kein maßgeblich beeinflusstes Un-
174 ternehmen beschäftigt zukünftig Mitarbeiterinnen oder
175 Mitarbeiter ohne Tarifbindung. Wir werden in diesen Un-
176 ternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform gemeinsam
177 mit den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen
178 noch in dieser Legislaturperiode eine Tarifbindung auf
179 dem jeweils vergleichbaren Bundesniveau erreichen. Wir
180 streben Regelungen an, die entweder über von den Unter-
181 nehmen zu tragende Zulagen (150,- Euro) oder Tarife die-
182 se Ziele erreichen. Soweit dafür erforderlich wird die oben
183 genannte Zulage von 150,- Euro auf die Beschäftigten in
184 den Landesbeteiligungen und Eigenbetrieben erstreckt.

185

186 **5. keine weiteren Auslagerungen öffentlicher Aufgaben,**
187 **weder mit dem Ziel noch mit der Folge schlechterer Be-**
188 **zahlung**

189 Der Weg der Auslagerung öffentlicher Kernaufgaben an
190 Private ist ein Irrweg und wird beendet.
191 Auch das gesellschafts- und handelsrechtlich zulässige
192 Auslagern in landeseigene Unternehmen oder Unterneh-
193 menstöchter bzw. zu Dienstleistern ist zukünftig zu unter-
194 binden, soweit die Maßnahme zu geringerer Bezahlung
195 führt. Derartige Ausgründungen werden rückgängig ge-
196 macht.

197

198 **6. Gleichbezahlung von Frau und Mann** Für uns ist die glei-
199 che Vergütung gleicher Tätigkeiten von Frau und Mann
200 eine Selbstverständlichkeit und trotzdem keine gesell-
201 schaftliche Realität. In allen Bereichen, öffentlicher oder
202 privater Natur, unmittelbar oder mittelbar Beschäftigter,
203 Auftragnehmer und Zugeschlagenen in öffentlichen oder
204 solchen Vergaben oder Dienstleistungen, auf die Berlin
205 zumindest maßgeblichen Einfluss ausübt, werden wir die-
206 se Selbstverständlichkeit durchsetzen.

207 **Elternzeit, in der aufgrund der Wahrnehmung von Betreu-**

208 **ungsaufgaben nicht gearbeitet wird, bis zu 12 Monate auf**
209 **die Stufenlaufzeit anzurechnen.**

210

211 **7. konsequente Entfristung von Beschäftigungsverhält-**
212 **nissen**

213 Die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen sehen
214 wir generell kritisch. Insbesondere erkennen wir einen
215 bundesgesetzlichen Wertungswiderspruch zwischen der
216 gesetzlichen Probezeit und deren faktischer Ausdehnung
217 durch befristete Beschäftigung. Wir streben in Berlin ge-
218 nerell unbefristete Beschäftigungsverhältnisse an. Sach-
219 grundlose Befristungen werden vollständig ausgeschlos-
220 sen. In allen Bereichen, öffentlicher oder privater Natur,
221 unmittelbar oder mittelbar Beschäftigter, Auftragnehmer
222 und Zugeschlagenen in öffentlichen oder solchen Verga-
223 ben oder Dienstleistungen, auf die Berlin zumindest maß-
224 geblichen Einfluss ausübt, werden wir diese politische
225 Vorgabe durchsetzen.

226

227 **8. konsequente Fortsetzung des Weges gebührenfreier**
228 **Bildung und bei gleichwertiger Mobilität mit dem ÖPNV**
229 **in allen Kiezen unserer Stadt sowie Prüfung sonstiger Ent-**
230 **lastungsmöglichkeiten der Berlinerinnen und Berliner**

231 Die Berliner SPD hat als erste die strategische Entschei-
232 dung zu einer vollständigen Gebührenfreiheit bei der Bil-
233 dung getroffen und umgesetzt. Seit August ist der Kita-
234 besuch vollständig gebührenfrei. Der Besuch des Hortes
235 wird für die Klassenstufen 1 und 2 ab 2019 gebührenfrei
236 sein und ohne Bedarfsprüfung ermöglicht. Wir haben zu-
237 dem für alle Grundschulen die Lernmittelfreiheit einge-
238 führt. Diesen Weg der erheblichen Entlastung von Famili-
239 en gehen wir konsequent weiter zu einer vollständig kos-
240 tenfreien Bildung und werden die Hortgebühren der übri-
241 gen Klassenstufen ebenso abschaffen, wie den Elternbei-
242 trag beim Kita- und Schulessen. Als weiteren wichtigen
243 Aspekt einer Entlastung der Berlinerinnen und Berliner se-
244 hen wir die begonnenen Vergünstigungen im Tarifgefüge
245 des ÖPNV an. Da diese Politik zugleich geeignet erscheint,
246 einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrswende zu einem
247 stadtverträglichen Verkehr zu leisten und die Umwelt und
248 unsere Luft zu schützen, werden wir diesen Weg konse-
249 quent fortsetzen und insbesondere Familien und einkom-
250 menschwache Berlinerinnen und Berliner unterstützen.

251

252 Zu den Prüfungen weiterer Entlastungen der Berlinerin-
253 nen und Berliner zählt z.B. die Möglichkeit einer weiteren
254 Wasserpreissenkung in Abhängigkeit vom Betriebsergeb-
255 nis und den erforderlichen Investitionen.

256

257 **9. Abschaffung der Umlagemöglichkeit der Grundsteuer**
258 **auf Mieterinnen und Mieter (Bundesrecht)**

259 Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieten
260 führt zu einer erheblichen Einkommensbelastung. Wir

261 finden es in Ansehung der erheblichen Renditen und So-
262 zialpflichtigkeit des Eigentums gerecht, diese Umlagefâ-
263 higkeit abzuschaffen. Wir fordern unsere Mitglieder des
264 Deutschen Bundestages auf, entsprechende Initiativen zu
265 ergreifen und fortzusetzen.

266

267 **10. Anpassung der Sozialtransfers im Bereich des Landes**
268 **(z.B. Mietzuschüsse) und des Bundes (z.B. „Hartz IV“)**

269 Der Berliner Senat legt dem Abgeordnetenhaus die Sozi-
270 altransfers betreffend ein Konzept zur Beschlussfassung
271 vor, dass an die realen Preisentwicklungen angepasst. Wir
272 fordern unsere Mitglieder des Deutschen Bundestages
273 auf, entsprechende Initiativen zu ergreifen und fortzuset-
274 zen.

275

276 Die SPD-Mitglieder im Senat, Berliner Abgeordnetenhaus,
277 Deutschen Bundestag, in den Bezirksamtern und Bezirks-
278 verordnetenversammlungen werden aufgefordert, diese
279 politischen Festlegungen mit gesetzlichen Regelungen
280 um- und durch Gesellschafterweisungen und Anpassun-
281 gen in den jeweiligen Zielbildern und Vereinbarungen so-
282 wie entsprechende Beschlüsse durchzusetzen. Hierzu ist
283 dem Parteitag zu berichten.